

Rede
zur Einbringung des
Ergebnis- und Investitionsplanes 2011 – 2014
am 14. Dezember 2010

Stadtkämmerer Werner Lütke-meier

Es gilt das gesprochene Wort!!!

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder, sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Stellungnahme der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zum Kreis-haushalt 2011 wurde die Lage der Kommunal Finanzen im allgemeinen aber auch die der Kommunen im Kreis Steinfurt treffend beschrieben. Zu Beginn meiner Ausführungen zur Einbringung des Ergebnis- und Investitionsplanes der Stadt Rheine für 2011 – 2014 möchte ich daraus zitieren:

„Trotz teilweise euphorischer Medienberichte über die augenblickliche konjunkturelle Entwicklung in Deutschland zeigen aktuelle Statistiken, dass sich die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise nach wie vor deutlich negativ auf die kommunalen Haushalte auswirkt. Im 1. Halbjahr 2010 schlossen die kommunalen Haushalte mit einem gegenüber dem 1. Halbjahr 2009 noch deutlich erhöhten Finanzierungsdefizit ab (-7,8 Mrd. Euro gegenüber -4,2 Mrd. Euro 2009). Die Erträge stagnieren bei weiterhin ungehemmtem Anstieg der Aufwendungen, insbesondere im Sozialbereich.

Die verheerenden Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zeigen sich auch bei den Kommunen im Kreis Steinfurt überdeutlich:

- *Der Anteil der Kommunen, die keinen Haushaltsausgleich (formell oder fiktiv) mehr herbeiführen können, wird 2011 voraussichtlich 65 % betragen (2010: 57 %)*
- *Obwohl rund ¾ der Kommunen erst 2008 oder 2009 auf das Neue Kommunale Finanzmanagement umgestellt haben, werden voraussichtlich bereits zum 01.01.2011 rund 42 % der Kommunen über keine Ausgleichsrücklage mehr verfügen. 2010 galt dies nur für rund 17 % der Kommunen.*
- *Die Steuerkraft der Kommunen ist seit 2009 um rund 59 Mio. Euro gesunken (mehr als 16 %).*
- *Um ihre laufende Zahlungsfähigkeit gewährleisten zu können, werden 70 % der Kommunen 2011 Liquiditätskredite in Anspruch nehmen müssen (2010: 65 %)*

Folge dieser Entwicklung ist die zunehmende Fortsetzung der Vernichtung kommunalen Vermögens und zwar zu Lasten nachfolgender Generationen.

Auch die Stadt Rheine steht finanziell schon seit Jahren „mit dem Rücken zur Wand“! Seit der Umstellung unseres Rechnungswesens auf das NKF im Jahre 2006 konnte trotz des schon vorher eingeleiteten strikten Konsolidierungskurses kein Ausgleich zwischen Aufwendungen und Erträgen mehr hergestellt werden. Die Haushaltsplanungen wiesen teilweise sehr hohe Defizite aus. Seit 2009 sind all unsere Bemühungen nur noch darauf ausgerichtet, die Schwellenwerte für ein Haushaltssicherungskonzept nicht zu überschreiten. Denn nach § 76 (1) Ziffer 2 GO NRW hat die Gemeinde zur Sicherung ihrer dauerhaften Leistungsfähigkeit ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn bei der Aufstellung des Haushalts in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern. Ein Haushaltssicherungskonzept ist nach der derzeitigen Gesetzeslage aber nur dann genehmigungsfähig, wenn spätestens im letzten Jahr der mittelfristigen Ergebnisplanung (also 2014) der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird; d.h. der Ergebnisplan müsste mit einer „schwarzen Null“ abschließen.

Schon bei der Aufstellung der Eckdaten des Ergebnis- und Investitionsplanes 2011 – 2014 wurde deutlich, dass unter den gegenwärtigen Planungsgrundlagen und –annahmen die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes gegeben war. Aus diesem Grunde hatte ich schon im Rahmen der Festlegung der Eckdaten dem Haupt- und Finanzausschusses in seiner Sitzung am 26. Oktober 2010 vorgeschlagen, die Hebesätze für die Realsteuern ab 2011 zu erhöhen. Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Eckdaten zur Ergebnis- und Investitionsplanung 2011 – 2014 aber nicht beschlossen, sondern lediglich zur Kenntnis genommen. Die Empfehlungsbeschluss über die von der von der Verwaltung dem Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 23. November 2010 vorgelegten Hebesatzsatzung, die die mit den Eckdaten vorgeschlagene Erhöhung der Hebesätze

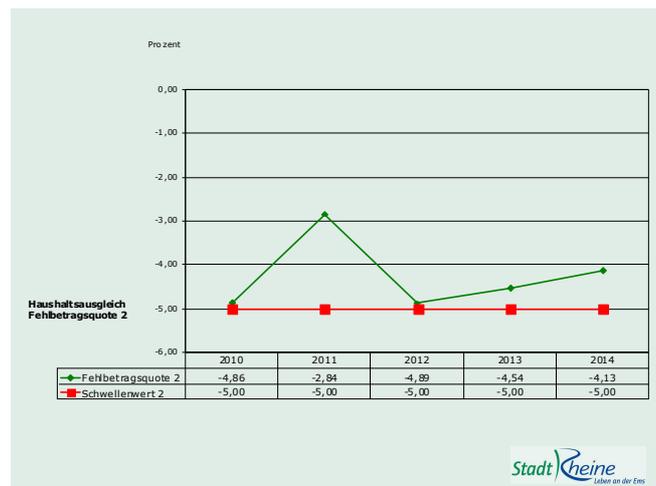
- für die Grundsteuer A von 192 v.H. auf 210 v.H.
- für die Grundsteuer B von 401 v.H. auf 420 v.H. und
- für die Gewerbesteuer von 403 v.H. auf 430 v.H.

zum Gegenstand hatte, wurde nicht gefasst. Wie bereits von mir in dieser Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses angekündigt, habe ich die vorgeschlagenen neuen erhöhten Hebesätze nun in den Entwurf der Ihnen vorliegenden Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 aufgenommen.

Über die vorgeschlagenen neuen Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer entscheidet der Rat der Stadt endgültig nach Abschluss der Haushaltsplanberatungen in den Fachausschüssen am 12. April 2011. Erst danach können die notwendigen rd. 30.000 Änderungsbescheide erstellt und zugestellt werden. Hierdurch entstehen zusätzliche Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von rd. 20 TEuro, die im Entwurf des Ergebnisplanes 2011 eingearbeitet wurden.

Ich möchte und muss an dieser Stelle zum wiederholten Male darauf hinweisen, dass die vorgeschlagene Erhöhung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in jeder Hinsicht alternativlos und in jedem Falle unumgänglich ist. Nach wie vor habe ich das Gefühl, dass meine Einschätzung in dieser Frage nicht wahrgenommen wurde oder nicht geteilt wird.

Deshalb möchte ich Ihnen die Problematik ausgehend von folgender Grafik noch einmal deutlich machen:



Sie können hieran erkennen, dass mit der eingeplanten Erhöhung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer der maßgebende Schwellenwert zur verpflichtenden Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes in den Jahren 2012, 2013 und auch 2014 nur knapp unterschritten wird. Ohne die Erhöhung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer bestände bereits jetzt die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Nach dem Handlungsrahmen des Landes zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten müssen die Hebesätze der Realsteuern (Grundsteuern und

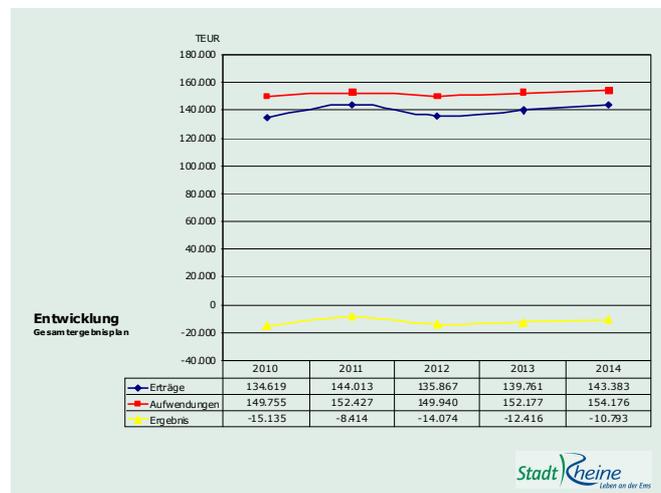
Gewerbesteuern) bezogen auf die Gemeindegroßenklasse mindestens in Höhe des jeweiligen Landesdurchschnitts festgesetzt sein. Schon aus diesem Grunde ist die im Entwurf der Haushaltssatzung vorgesehene Erhöhung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer alternativlos und in jedem Falle unumgänglich. Hinzu kommt, dass der Ihnen nun vorgelegte Entwurf des Ergebnisplanes noch erhebliche Risiken bei der Kreisumlage und bei der Schlüsselzuweisung enthält, auf die ich später noch eingehen werde.

Wesentliche Grundlage für die Aufstellung des Entwurfes der Ergebnis- und Investitionsplanung 2011 – 2014 waren die Eckdaten, die der Haupt- und Finanzausschuss am 26. Oktober 2010 zur Kenntnis genommen hat.

Wir haben darüber hinaus die sich aus der Übertragung der Trägerschaft der Berufskollegs an den Kreis Steinfurt ergebenden Veränderungen in den Ergebnis- und Investitionsplan eingearbeitet. Daneben wurden die sich aus der Regionalisierung der November-Steuerschätzung ergebenden Veränderungen der Steuererträge berücksichtigt sowie eine Anpassung der Gewerbesteuer auf der Basis des aktuellen Bescheidstandes vorgenommen. Weiterhin ergaben sich gegenüber den Eckdaten Veränderungen aufgrund der Aktualisierung der landesweiten Steuerkraftzahlen im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2011. Auch Einzelanpassungen, wie beispielsweise Korrekturen der Abschreibungen und der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten wurden über den Eckdatenbeschluss hinaus in den Entwurf eingearbeitet. Der Ihnen vorliegenden Sachdarstellung sind alle übrigen Anpassungen zu entnehmen.

Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass der Jahresabschluss für 2009 noch nicht endgültig fertig gestellt ist und insofern die in der Spalte „Ergebnis 2009“ dargestellten Werte dem aktuellen Stand entsprechen. Abschreibungen, Auflösung von Sonderposten und Rechnungsabgrenzungsposten konnten augenblicklich noch nicht eingebucht werden.

Werfen wir nun einen Blick auf den Gesamtergebnisplan.

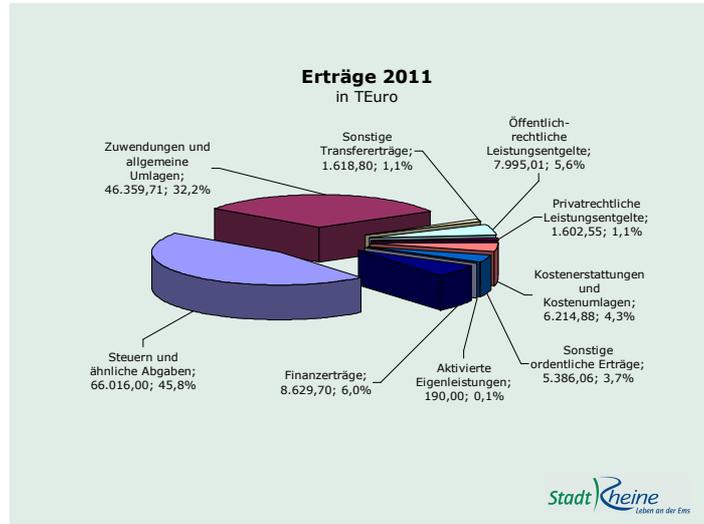


Die im kommenden Jahr erwarteten Erträge sind nach dem Gesamtergebnisplan mit 144,0 Mio. Euro ausgewiesen. Sie liegen damit 9,5 Mio. Euro über den Annahmen der bisherigen Finanzplanung. Den Erträgen stehen Aufwendungen in Höhe von 152,4 Mio. Euro gegenüber. Das sind gegenüber der bisherigen Finanzplanung 6,0 Mio. Euro mehr. Daraus ergibt sich für 2011 ein Fehlbetrag in Höhe von 8,4 Mio. Euro. Dabei ist aber im Vergleich mit der weitergehenden Finanzplanung 2012 bis 2014 zu berücksichtigen, dass 2011 Abführungen der Stadtwerke für Rheine GmbH in Höhe von 1 Mio. Euro sowie Abführungen der Sparkasse Rheine in Höhe von 2 Mio. Euro (also insgesamt 3 Mio. Euro) eingeplant sind.

Meine Damen und Herren,
wir müssen uns trotz der eingeplanten Steuererhöhung auch weiterhin und für längere Zeit darauf einstellen, keine weiteren finanziellen Handlungsspielräume zu haben. Wei-

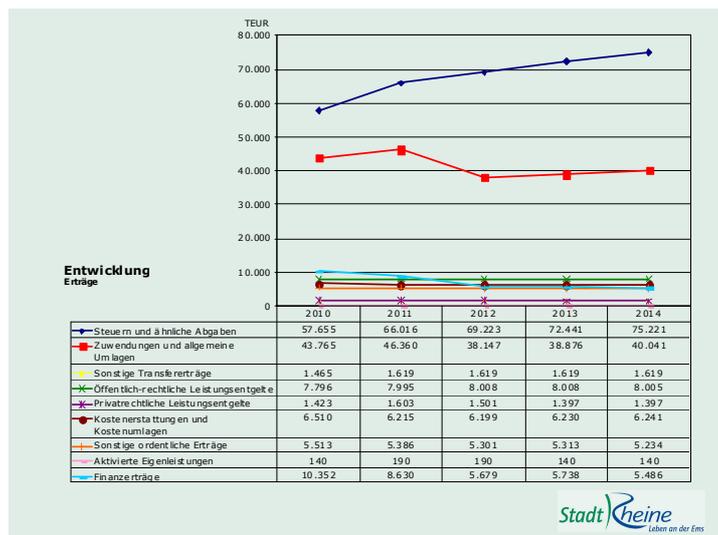
terhin muss jede sich bietende Möglichkeit unabdingbar zur dauerhaften Haushaltskonsolidierung genutzt werden!

Ich möchte Ihnen als nächstes die Ertragsseite darstellen.



Die Steuern und ähnlichen Abgaben stellen mit 66,0 Mio. Euro und 45,8 % die wesentlichste Ertragsquelle der Stadt Rheine dar. Sie konnten damit nur durch die Hebesatzerhöhung für die Grund- und Gewerbesteuer exakt auf dem Niveau der bisherigen Finanzplanung gehalten werden. Daneben bilden die Erträge aus Zuwendungen mit 46,4 Mio. Euro oder 32,2 % die zweite wichtige Stütze für den städtischen Haushalt. Sie liegen mit 3,1 Mio. Euro über den Annahmen der bisherigen Finanzplanung. Diese beiden Ertragsarten machen inzwischen gut 78 % der Gesamterträge aus. Mit 8,6 Mio. Euro haben sich die Finanzerträge gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mio. Euro verringert. Das liegt im wesentlichen daran, dass 2010 Abführungen der Stadtwerke in Höhe von 3 Mio. Euro vorgesehen sind, dagegen 2011 nur 1,0 Mio. Euro.

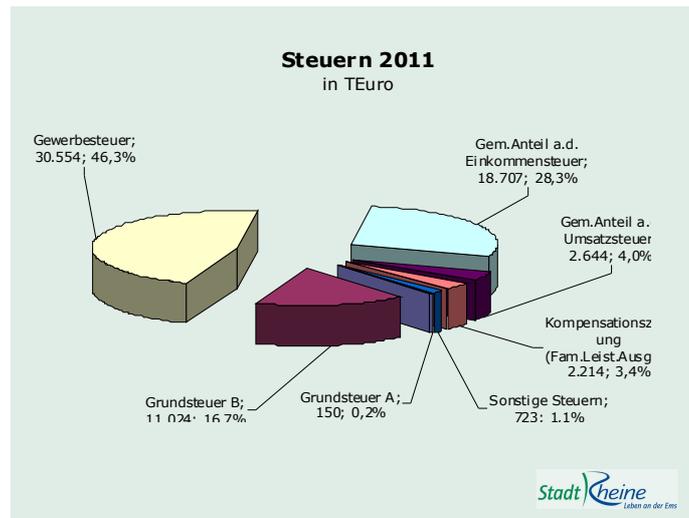
Schauen wir uns nun die Entwicklung der einzelnen Ertragsarten an.



Wir haben die Entwicklung der Steuern auf der Basis der vorgeschlagenen höheren Hebesätze, der Ergebnisse der regionalisierten November-Steuerschätzung sowie unter Berücksichtigung der Orientierungsdaten des Landes prognostiziert.

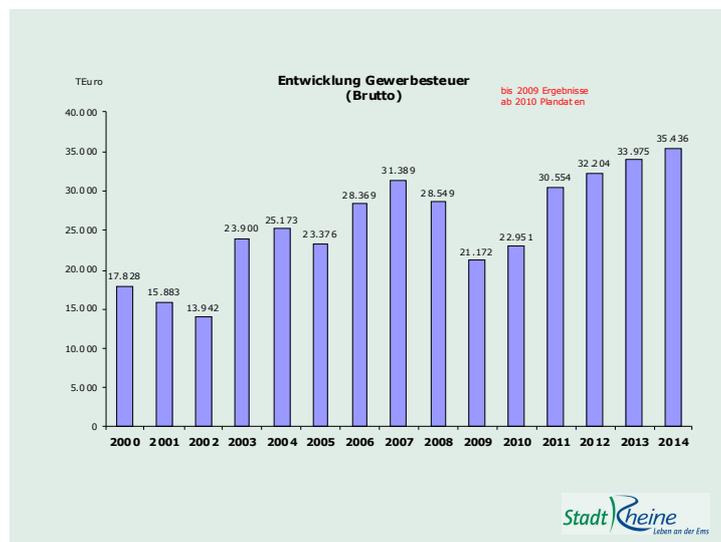
Die übrigen Ertragspositionen entwickeln sich nur sehr verhalten.

Werfen wir nun einen kurzen Blick auf die erste wichtige Säule des städtischen Haushalts, die Steuern.



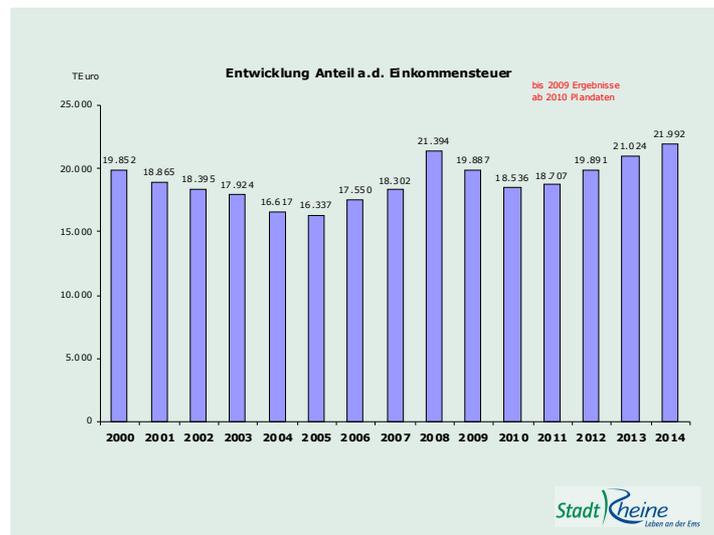
Aus dieser Grafik wird deutlich, dass inzwischen wieder 46,3 % der Steuererträge über die Gewerbesteuer erzielt werden und nur noch 28,3 % kommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Diese beiden Steuern machen inzwischen 74,6 % des gesamten Steueraufkommens der Stadt Rheine aus. Das sind aber auch die Erträge, die ausschließlich von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sind!

Schauen wir uns nun die Entwicklung dieser den städtischen Haushalt bestimmenden Steuererträge in der rückwärts- und zukunftsgerichteten Perspektive an.



Die Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Ertragsquelle ist 2009 geradezu abgestürzt. Gegenüber dem aufkommensstärksten Jahr 2007 beträgt dieser Rückgang 10,2 Mio. Euro oder 32,5 %. Im Landesdurchschnitt betrug der Rückgang 20 %. Wir stellen augenblicklich fest, dass die Talfahrt für Rheine vorbei ist. Denn die derzeitigen Steuerfestsetzungen lassen für 2010 eine deutlich positivere Entwicklung erwarten, als die bisherige Haushaltsplanung ausweist. Sie liegen unter Berücksichtigung hoher Nachveranlagungen für 2009 augenblicklich bei brutto 31,6 Mio. Euro. Dieser positive Trend war Ausgangspunkt unserer für 2011 vorgenommenen Kalkulation auf der Basis des erhöhten Hebesatzes von 430 v.H.

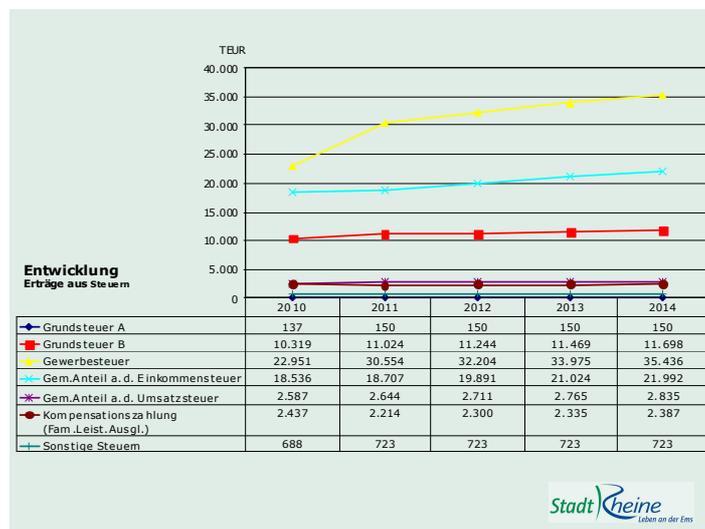
Nicht so erfreulich sieht es beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aus.



Hier verharrt das Aufkommen auf dem Niveau des Vorjahres. Der Einbruch gegenüber 2008 beträgt immer noch 2,7 Mio. Euro oder 12,6 %. Wir liegen damit noch 1,2 Mio. Euro unter dem Ergebnis des Jahres 2000!

Zusammen betrachtet haben wir trotz der Hebesatzerhöhung bei der Gewerbesteuer gegenüber 2007 und 2008 immer noch steuerliche Ertragseinbußen bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von 3,5 Mio. Euro zu verkräften. Diese Zahlen sind aber nicht das Hauptproblem der desolaten Finanzlage der Kommunen. Dazu später mehr.

Schauen wir aber noch die Entwicklung der übrigen Steuererträge an:



Bei der Grundsteuer B ist aufgrund der Hebesatzerhöhung eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Bei der Kompensationszahlung für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs sind auf der Basis des vom Land für 2011 geschätzten Gesamtbetrages knapp 200 TEuro weniger zu erwarten. Die Entwicklung der übrigen Steuererträge ist leicht positiv, in der Summe allerdings nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Dabei wurden auch die heute dem Rat zur Beschlussfassung vorliegenden neuen Steuersätze für die Hundesteuer berücksichtigt.

Wenden wir uns nun den Erträgen aus Zuwendungen zu.



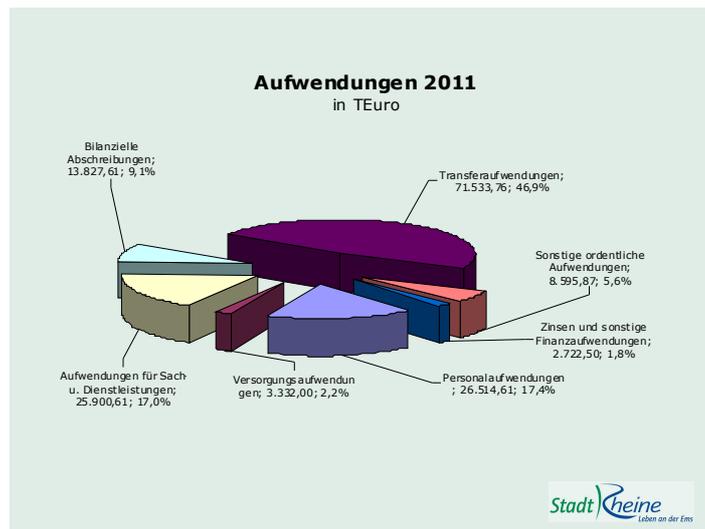
An dieser Grafik wird deutlich, dass 65,2 % dieser Erträge auf die Schlüsselzuweisung nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) entfallen. Die Vorausberechnung der Schlüsselzuweisung stellte sich diesmal besonders schwierig dar. Nach wie vor liegen weder Eckdaten zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011 noch ein Gesetzentwurf, geschweige denn eine Proberechnung vor. Die Schätzungen beruhen noch auf Grundlagedaten des GFG 2010, teilweise unter Berücksichtigung der Steigerungssätze aus den aktuellen Orientierungsdaten. Lediglich die Steuerkraftzahlen der Stadt Rheine wurden auf der Grundlage der vorliegenden Daten ermittelt und berücksichtigt. Nach Informationen des Städte- und Gemeindebundes will das Landeskabinett die Eckpunkte für das GFG 2011 in seiner Sitzung am 21.12.2010 beraten. Erst mit der Einbringung des Gesetzentwurfes in den Landtag Anfang Februar 2011 ist mit einer ersten Modellrechnung zu rechnen. Hier bestehen beim jetzt eingestellten Ansatz noch erhebliche Unsicherheiten!

Die Orientierungsdaten gehen in der Regel von der geltenden Rechtslage aus. Hiervon wurde bei den aktuellen Orientierungsdaten abgewichen, da die noch im Gesetzgebungsverfahren befindliche „Soforthilfe zur Verbesserung der Finanzausstattung der Gemeinden im Rahmen eines Nachtrages zum GFG 2010“ bereits berücksichtigt wurde und somit auch mit rund 300 Mio. Euro in der zu verteilenden Schlüsselmasse 2011 enthalten ist. Dagegen sind die geplante „Konsolidierungshilfe für besonders belastete Kommunen (Stärkungspakt Stadtfinanzen)“ sowie die „Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene“ mangels konkreter Ausgestaltung bzw. Informationen noch nicht einbezogen worden. Auch die inzwischen vorliegenden Handlungsempfehlungen aus dem sogenannten ifo-Gutachten „Analyse und Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen“ konnten noch nicht berücksichtigt werden, da die Umsetzung noch durch die Landesregierung und den Landtag beraten und entschieden werden muss.

Ab dem Haushaltsjahr 2012 enthalten die Steigerungsraten der Orientierungsdaten bereits die pauschale „Abfinanzierung des kommunalen Anteils nach dem sogenannten Konjunkturpaket II“.

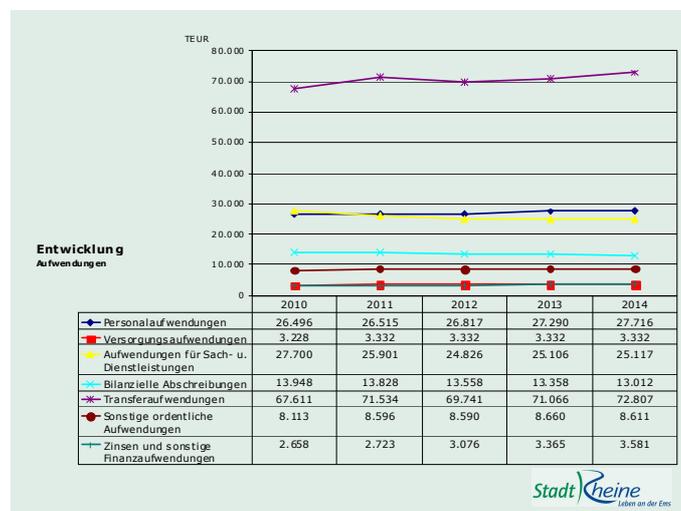
Zusammenfassend betrachtet bestehen auf der Ertragsseite noch erhebliche Unsicherheiten, nicht nur für das kommende Jahr sondern auch für den gesamten Zeitraum der Finanzplanung.

Meine Damen und Herren,
wenden wir uns nun den Aufwendungen zu.



Mit inzwischen 71,5 Mio. Euro oder 46,9 % bilden die Transferaufwendungen mit deutlichem Abstand den größten Aufwandsblock im städtischen Ergebnishaushalt. Tendenz: weiterhin schnell steigend! Die Personalaufwendungen stellen mit 26,5 Mio. Euro oder 17,4 % den zweitgrößten Aufwandsblock dar, dicht gefolgt von den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 25,9 Mio. Euro oder 17,0 %. Die bilanziellen Abschreibungen wurden auf aktualisierter Basis mit 13,8 Mio. Euro oder 9,1 % angesetzt. Dem Aufwandsposten stehen auf der Ertragsseite 7,0 Mio. Euro durch die Auflösung von Sonderposten gegenüber.

In der nachfolgenden Grafik haben wir Ihnen die Entwicklung der Aufwendungen in der Zeitreihe dargestellt.

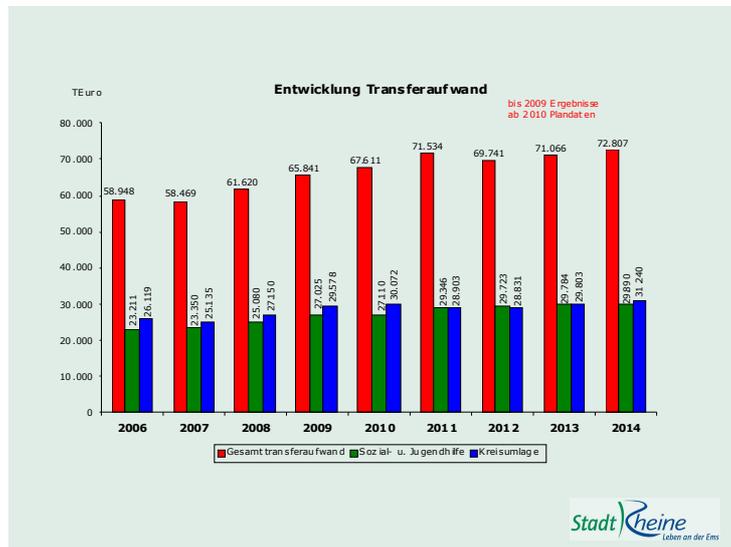


Mit wenigen Ausnahmen entwickeln sich die Aufwendungen relativ verhalten. Das gilt auch für den Personalaufwand, eine Aufwandsart, die in jeder Organisation immer im besonderen Blickpunkt steht. Der Personalaufwand bleibt gegenüber dem Vorjahr fast unverändert und das unter Berücksichtigung tariflicher und besoldungsrechtlicher Steigerungen von 1,3 %. Hierin spiegeln sich die erfolgreichen Bemühungen zum Personalabbau von Rat und Verwaltung wider. Um Wiederholungen zu vermeiden, verweise ich auf die hierzu bereits durch die Bürgermeisterin gegebenen Erläuterungen!

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gehen gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Mio. Euro oder 6,5 % zurück. Dies ist zum einen auf die unterschiedlichen Mittelansätze im Rahmen des Konjunkturpaktes II der im Ergebnisplan zu veranschlagenden Maßnahmen der energetischen Gebäudesanierung bzw. der Umrüstung der Straßenbeleuchtung sowie der Übertragung der Trägerschaft für die Berufskollegs zurückzuführen.

Die Abschreibungen gehen gegenüber dem Vorjahr nur leicht um 0,1 Mio. Euro zurück.

Bei den Transferaufwendungen ist wiederum mit 3,9 Mio. Euro oder 5,8 % eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Der Blick auf diese Grafik spiegelt die Dramatik der Entwicklung der Transferaufwendungen nur ansatzweise wider. Ich möchte Ihnen diese deshalb anhand folgender Grafik verdeutlichen:



Der Transferaufwand steigt innerhalb von nur vier Jahren um 13,0 Mio. Euro oder 22,3 %. Dagegen haben sich die Erträge aus Steuern im gleichen Zeitraum nur um 1,4 Mio Euro oder 2,2 % erhöht.

Neben der Kreisumlage ist die dramatische Zunahme der Transferaufwendungen vor allem bedingt durch eine massive Aufwandssteigerung im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe. Diese beträgt innerhalb von nur vier Jahren 6,0 Mio. Euro oder 25,7 %.

Bei der Eckdatenvorlage hatten wir noch einen Hebesatz für die Kreisumlage von 34,5 v.H. unterstellt. In ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Kreishaushaltes hatten die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister eine Senkung der Kreisumlage auf 150,6 Mio. Euro gefordert. Davon sind wir bei unseren Kalkulationen im Entwurf des Ergebnisplanes auch ausgegangen.

Die Kreisumlage hat sich in vier Jahren um knapp 3,8 Mio. Euro oder 15,0 % erhöht. Knapp 19 % unserer Aufwendungen oder 43,8 % unserer Erträge aus Steuern gehen über die Kreisumlage an den Kreis Steinfurt.

Der Kreistag hat in seiner gestrigen Sitzung die Beratung des Haushaltsplanes 2011 für den Kreis Steinfurt zwar abgeschlossen, aber noch keine Haushaltssatzung beschlossen. Laut Informationen der Kreisverwaltung sollen die Haushaltssatzung und damit auch der Hebesatz für die Kreisumlage frühestens dann verabschiedet werden, wenn die erste Modellrechnung zum GFG 2011 vorliegt. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird die Modellrechnung – wie oben bereits angesprochen – erst im Februar 2011 zur Verfügung stehen. Hinsichtlich der Höhe der Erträge aus der Kreisumlage hat der Kreistag beschlossen, den im Entwurf des Kreishaushaltes enthaltenen Betrag von 158,1 Mio. Euro um 2,9 Mio. Euro auf dann 155,2 Mio. Euro zu reduzieren. Grund ist die Reduzierung des Umlagebedarfes wegen der höheren Beteiligung der Kommunen an den SGB II-Leistungen. Unter den aktuell vorliegenden Grundlagenzahlen würde dies gegenüber dem in unserem Entwurf angesetzten Betrag zu weiteren Mehraufwendungen in Höhe von rd. 0,9 Mio. Euro führen. Auch hier besteht ein nicht unerhebliches Planungsrisiko!

Mit der Kreisumlage finanzieren die Städte und Gemeinden hauptsächlich Sozialleistungen des Kreises (Kreisanteil für Hilfen nach dem SGB II, Grundsicherung im Alter und bei

dauernder Erwerbsunfähigkeit sowie Hilfen zur Pflege) und des Landschaftsverbandes (insbesondere Eingliederungshilfe für behinderte Menschen).

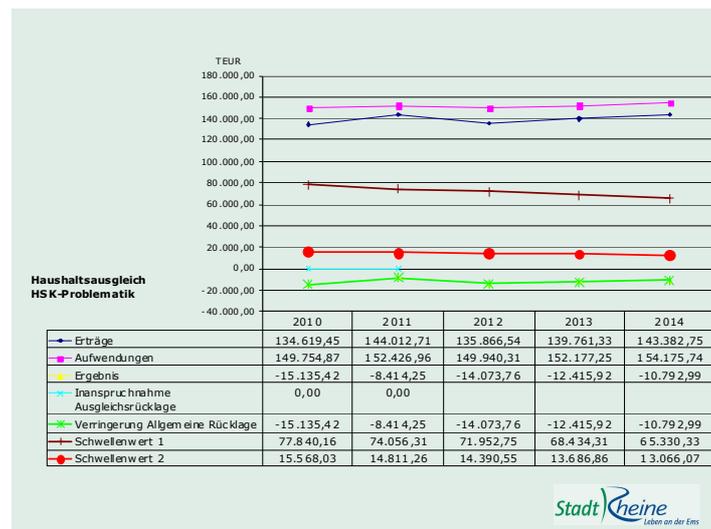
Zu berücksichtigen ist auch noch die bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen nachzuweisende Kostenbeteiligung der Stadt ab 2011 von 50 % (2010 nur 40 %) an den Hilfen nach dem SGB II.

Eine Trendwende bei diesen zuvor genannten Sozialaufwendungen ist nicht in Sicht. Die demographische Entwicklung führt dazu, dass die Menschen immer älter werden, viele dabei immer weniger Geld zur Verfügung haben und hierdurch die Zahl der Anspruchsberechtigten immer weiter steigt. Und Fallwachstum produziert Kostenwachstum.

Dramatisch sieht es auch bei der Behindertenhilfe aus. Auch hier explodieren Fallzahlen und Kosten. Konsequenz für uns: nochmalige massive Erhöhung der Kreisumlage, weil der Kreis ja über die Landschaftsumlage daran beteiligt ist.

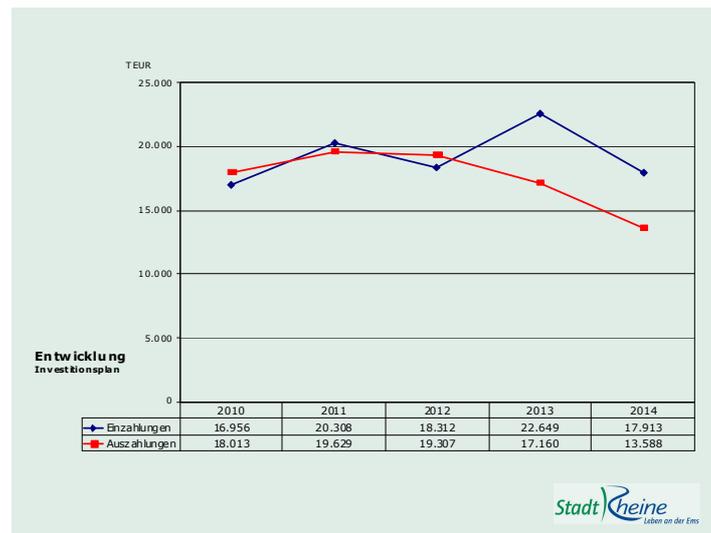
Vier Kostentreiber unseres Sozialstaates sind ausschließlich bei den Kommunen angesiedelt und die werden bis jetzt „im Regen stehen gelassen“. Die Städte und Gemeinden haben ein strukturelles Problem, sie sind seit Jahren unterfinanziert und sind aus eigener Kraft nicht in der Lage, diese strukturelle Finanzkrise zu überwinden. Ohne Hilfen von Bund und Land werden die Kommunen immer tiefer in den finanziellen Abgrund rutschen!

Kommen wir nun zum Haushaltsausgleich.



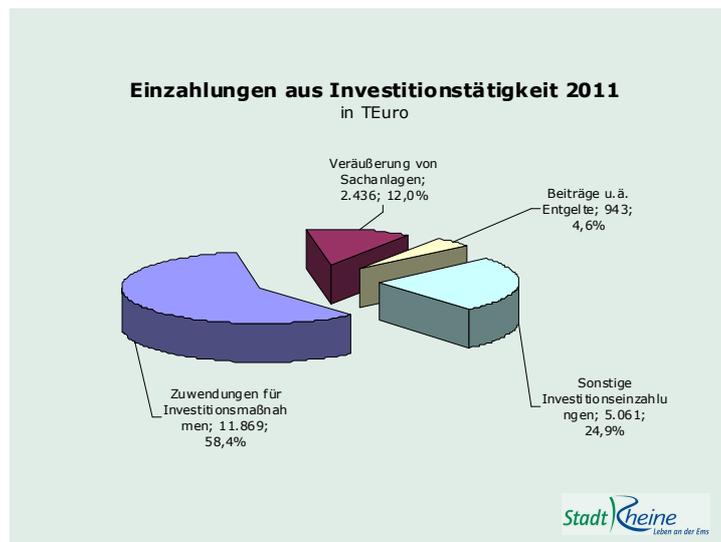
Der Entwurf des Ergebnisplans für 2011 schließt trotz der Steuererhöhungen (2,0 Mio. Euro) und der Abführungen der Sparkasse und der Stadtwerke (3 Mio. Euro) noch mit einem Fehlbetrag in Höhe von 8,4 Mio. Euro ab. Der Haushalt ist damit – wie schon in den Vorjahren – nicht ausgeglichen. Für die Abdeckung des Fehlbetrages ist eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage vorgesehen, die zu einem entsprechenden Verzehr des Eigenkapitals führt. Damit unterliegt auch der Haushalt 2011 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Meine Damen und Herren,
nun möchte ich überleiten zum Investitionsplan.



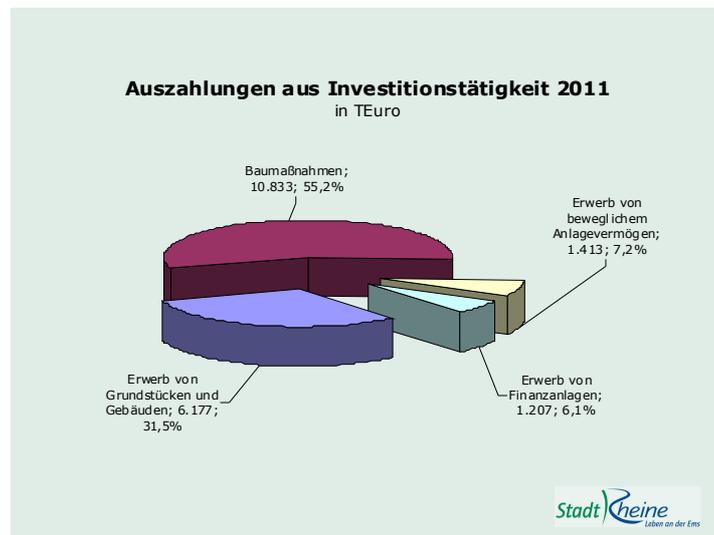
Der Investitionsplan sieht für 2011 Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 19,6 Mio. Euro und damit 1,6 Mio. Euro mehr als im Vorjahr vor. Dem stehen Investitions-Einzahlungen in Höhe von 20,3 Mio. Euro gegenüber. Eingeplant sind hier insbesondere auch die investiven Maßnahmen, die im Rahmen des Konjunkturpaketes II durchgeführt werden sollen und hierüber vollständig finanziert sind.

Ich möchte Ihnen zunächst die Einzahlungen vorstellen und erläutern.



Mit 11,9 Mio. Euro oder 58,4 % fallen die Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen deutlich ins Gewicht. Das liegt vornehmlich an der landesseitig geforderten Ausweisung der Schulpauschale als Investitionseinzahlung (bisher konnte sie direkt im Ergebnisplan veranschlagt werden), den über das Konjunkturpaket II finanzierten Projekten, beispielsweise die Erweiterung des Kopernikus-Gymnasiums, und an den Fördermitteln für die Bahnflächen. Mit 5,1 Mio. Euro oder 24,9 % sind sonstige Investitionseinzahlungen vorgesehen. Sie sind hauptsächlich auf die Tilgungsleistungen aus dem Trägerdarlehen an die AÖR Technische Betriebe zurückzuführen. Aus der Veräußerung von Sachanlagen werden 2,4 Mio. Euro oder 12,0 % erwartet, hauptsächlich durch den Verkauf von Wohnbau- und Gewerbegrundstücken. Aus Beiträgen u.ä. werden knapp 1 Mio. Euro oder 4,6 % erwartet.

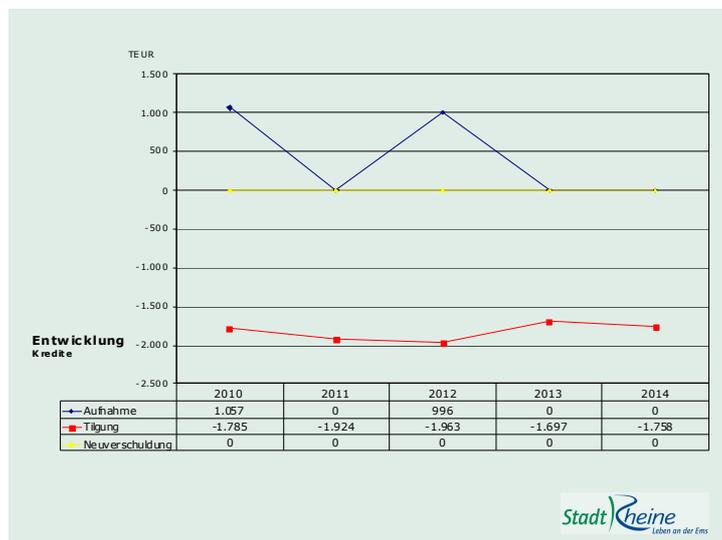
Die Auszahlungen verteilen sich wie folgt:



Schwerpunkt sind mit 10,8 Mio. Euro weiterhin die Baumaßnahmen. Damit wird die Stadt Rheine auch weiterhin ihrer besonderen Aufgabe zur Stützung der heimischen Unternehmen in besonderem Maße gerecht. Für den Erwerb von Grundstücken sind 6,2 Mio. Euro vorgesehen, hauptsächlich für den Erwerb der ehemaligen Volksbank-Immobilie für die Stadtbibliothek und andere städtische Kultureinrichtungen sowie für den Erwerb der Bahnflächen im Innovationsquartier und im Bereich Rheine R. 1,4 Mio. Euro stehen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen zur Verfügung. Zu nennen sind hier insbesondere Einrichtungskosten im Schulbereich und Gerätebeschaffungen für die Feuerwehr. Die für den Erwerb von Finanzanlagen vorgesehenen 1,2 Mio. Euro stehen im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Technischen Betriebe.

Zu den Investitionsschwerpunkten möchte ich auf die Ausführungen der Bürgermeisterin verweisen.

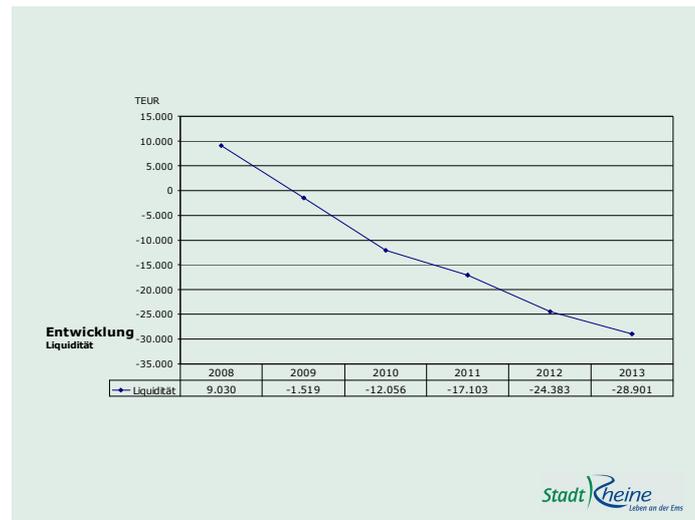
Zur Finanzierung der nach dem Planentwurf vorgesehenen Investitionen



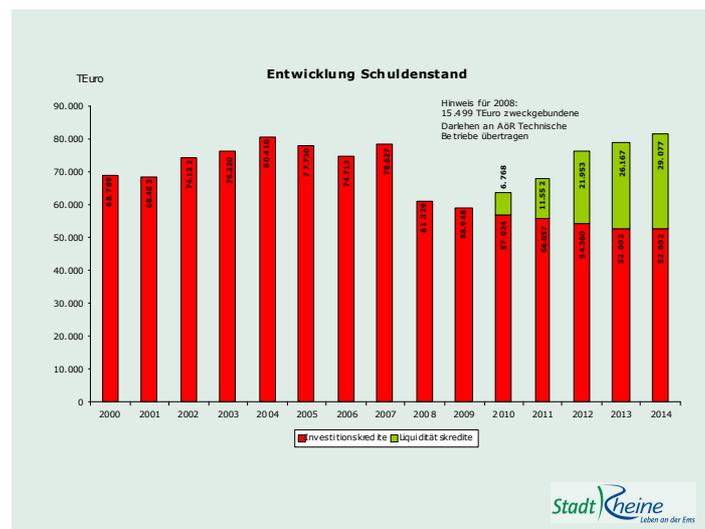
sind 2011 keine Kreditaufnahmen erforderlich. Bei Kredittilgungen von 1,9 Mio. Euro wird sich 2011 der Schuldenstand aus Investitionskrediten voraussichtlich um diesen Betrag reduzieren.

Das ist aber nur eine Seite der Medaille. Durch die dramatische Situation im Ergebnisplan wird sich die schon in diesem Jahr schwierige Liquiditätslage der Stadt noch weiter verschärfen. Es werden in zunehmendem Maße – und voraussichtlich auf längere Dauer – Liquiditätskredite in erheblicher Größenordnung notwendig sein, um die Zahlungsfähig-

keit der Stadt zu sichern. Das wird deutlich an den Abschlusszahlen des Gesamtfinanzplanes.



Zum Ende des Planungszeitraumes werden wir nach heutigem Erkenntnisstand einen kurzfristigen Liquiditätskredit in einer Größenordnung 29 Mio. Euro benötigen. Diese Entwicklung treibt die Gesamtverschuldung der Stadt dramatisch in die Höhe.



Der Schuldenstand wird Ende 2011 voraussichtlich 67,6 Mio. Euro betragen, allerdings innerhalb von vier Jahren auf insgesamt 81,7 Mio. Euro ansteigen. Wir müssen alles daran setzen, es hierzu nicht kommen zu lassen!

Meine Damen und Herren,
die Stadt Rheine steckt weiterhin in einer großen Finanzkrise. Ich hoffe, ich konnte Ihnen deutlich machen, dass diese nicht „hausgemacht“ ist und zu den von mir vorgeschlagenen Erhöhungen der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer zur Erhaltung unserer Handlungsfähigkeit keine Alternative besteht!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! und wünsche Ihnen erfolgreiche Beratungen.